

Schriftliche Einreichung im Vorfeld der Anhörung von Herrn Dr. Mair, Mitglied der Hauptgeschäftsführung im BDI, als Experte im Auswärtigen Ausschuss des deutschen Bundestags zu „China“ am 29. Juni 2020.

Hinweis: Dieser Text dient den Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses als Hintergrund und zur Vorbereitung und stimmt nicht mit dem mündlich vorgetragenen Statement in der Anhörung überein.

Datum
24. Juni 2020

Seite
1 von 7

Deutschland und China: Ökonomische Verflechtung und Abhängigkeiten

Durch die Corona-Krise hat die Debatte über Risiken, die aus der engen wirtschaftlichen Verflechtung mit China erwachsen, noch einmal an Dringlichkeit gewonnen. Die Pandemie hat Schwächen komplexer globaler Produktionsnetzwerke und stark konzentrierter Lieferketten offengelegt und bestehende Sorgen über eine zu große wirtschaftliche Abhängigkeit von China verstärkt. Die aktuelle Debatte geht jedoch weit über die kurzfristig im Zuge der Corona-Krise aufgeworfenen Fragen etwa zur Sicherheit von Lieferketten hinaus. Im Kern steht die in den letzten Jahren gewonnene Erkenntnis, dass unsere Beziehungen zu China in eine grundlegend neue Ära eingetreten sind – eine Ära, in der China für uns gleichzeitig ein wichtiger Wirtschaftspartner als auch ein systemischer Wettbewerber ist. Die resultierenden Herausforderungen für Deutschland und die EU sind enorm.

Eine weitreichende wirtschaftliche und technologische Entkopplung von China, wie sie zum Teil von der aktuellen US-Administration vorangetrieben wird, stellt aus Sicht der deutschen Industrie keine angemessene Lösung dar. China bleibt auch unter der Prämisse eines neuen Systemwettbewerbs einer der wichtigsten globalen Wachstumsmärkte und Partner für die deutsche und europäische Industrie. Außerdem ist China als Akteur auf der Weltbühne nicht mehr wegzudenken: In zentralen Fragen wie dem Klimaschutz oder der Reform der Welthandelsorganisation WTO kommen wir trotz aller Differenzen nur mit und nicht gegen Peking voran. China, Deutschland und die EU haben ein gemeinsames Interesse an globaler Zukunftsgestaltung. Kooperation ist notwendig – trotz Konkurrenz. Ebenso notwendig ist es jedoch, die Risiken, die sich aus dem Systemwettbewerb und der engen wirtschaftlichen Verflechtung mit China für unsere nationale Sicherheit und das Funktionieren unserer Märkte ergeben, gezielter als bisher zu adressieren und unsere Interessen und Werte selbstbewusster gegenüber China durchzusetzen.

Herausforderung Systemwettbewerb

Die deutsche und europäische China-Politik der letzten Jahrzehnte fußte auf der Annahme, China würde sich durch die Integration in die Weltwirtschaft bei der Ausgestaltung seines Wirtschaftssystems auf die offenen Marktwirtschaften zubewegen. Diese Konvergenzthese ist nicht mehr haltbar. Das Konzept „Wandel durch Handel“ ist schon lange an seine Grenzen gestoßen. China baut heute sein eigenes politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Modell selbstbewusst weiter aus. Nach über vier Jahrzehnten Wirtschaftsreformen und stellenweiser Öffnung stellt Chinas Wirtschaftssystem heute eine Mischform dar, die

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Telekontakte
T: +493020281409

Internet
www.bdi.eu

E-Mail
F.Schaff@apa.bdi.eu

staatswirtschaftliche und marktwirtschaftliche Elemente vereint. Der Staat übt nach wie vor eine starke Rolle bei der Allokation von Ressourcen aus – insbesondere, wenn es darum geht, nationale Champions und Schlüsselindustrien aufzubauen. Gleichzeitig prägt China als aufstrebende Wirtschaftsmacht auch andere Märkte und die internationale Wirtschaftsordnung immer mehr nach den eigenen Interessen. China ist dabei, vom globalen „rule taker“ zum „rule maker“ zu werden. Das chinesische Modell tritt damit in einen systemischen Wettbewerb mit dem Modell der offenen Marktwirtschaft.

Der BDI hat im Januar 2019 ein Grundsatzpapier zu China veröffentlicht, um auf die enormen Herausforderungen durch den neuen Systemwettbewerb mit China aufmerksam zu machen und Lösungswege aufzuzeigen. Das ein Jahr später im Januar 2020 vom europäischen Industrie-Dachverband BusinessEurope veröffentlichte Strategiepapier „The EU and China - Addressing the Systemic Challenge“ macht deutlich, dass mittlerweile ein breiter Konsens innerhalb der europäischen Wirtschaft zum Umgang mit der systemischen Herausforderung durch China besteht. Der BDI hat an dem BusinessEurope-Papier maßgeblich mitgewirkt und unterstützt die Kernaussagen und die über 100 detaillierten Politikempfehlungen des Papiers ausdrücklich. Beide Papiere stimmen in ihrem grundlegenden Appell überein, die bisherige China-Politik zu überdenken und die systemischen Unterschiede und daraus resultierende Risiken und Herausforderungen klarer zu adressieren. Dabei sehen wir vier zentrale Handlungsfelder:

- 1. Die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit:** Wenn Deutschland und die EU auch in Zukunft mit der aufstrebenden Weltmacht China konkurrieren wollen, muss die Innovationsfähigkeit in der EU durch eine ambitionierte moderne Industriepolitik für den Standort Europa und seine Unternehmen erhöht werden. Dabei sollten wir nicht dem dirigistischen Ansatz chinesischer Industriepolitik folgen, sondern versuchen, die Effizienzvorteile unserer Marktwirtschaft stärker auszuspielen. Die Nationale Industriestrategie 2030 der Bundesregierung (Dezember 2019) setzt in diesem Punkt aus Sicht der deutschen Industrie nicht immer die richtigen Akzente. Dennoch hat sie zusammen mit der Industriestrategie der EU-Kommission (März 2020) wichtige Impulse für die industriepolitische Agenda geliefert. Eine rasche und energische Implementierung der Strategien ist nun entscheidend. Zentrale Forderungen sind hier der Ausbau der digitalen Infrastruktur in der EU, stärkere Akzente in der europäischen Forschungsförderung, Investitionen in Bildung und vor allem endlich eine echte Vertiefung des Binnenmarkts – für Digitales, Energie und Dienstleistungen.
- 2. Eine starke EU mit einer einheitlichen Chinapolitik:** Den Herausforderungen durch China ist kein EU-Mitgliedsstaat allein gewachsen. Antworten auf Chinas Einparteiensystem und staatlich gelenktes Wirtschaftssystem kann nur ein starkes und vereintes Europa geben. Die EU muss ihre wirtschaftliche Stärke gegenüber China stärker in politisches Selbstbewusstsein übertragen und als handlungsfähiger geopolitischer Akteur wahrgenommen werden. Gelingen kann das aber nur, wenn wir mehr Einheit in der EU erzielen. Dafür müssen die unterschiedlichen Interessen innerhalb der Union insbesondere auch in Bezug auf China ausgewogen berücksichtigt werden und nationale Interessen im Zweifel hinter europäische Interessen gestellt werden. Nicht nur aufgrund unserer Größe, sondern auch aufgrund unserer besonders engen wirtschaftlichen Beziehungen zu China fällt Deutschland hier eine besondere Verantwortung zu.

3. Effektive wirtschaftspolitische Instrumente für ein Level-playing-field:

Nachdem China zu einem Schwergewicht in der Weltwirtschaft aufgestiegen ist, wirken sich staatswirtschaftlich induzierte Marktverzerrungen in China aber auch massiv im EU-Binnenmarkt aus. Die zentrale Frage ist hier, wie wir unsere marktwirtschaftliche Ordnung widerstandsfähiger machen können, ohne dabei unsere wirtschaftsliberalen Prinzipien aufzugeben. Wir müssen die Effektivität bestehender Instrumente prüfen und diese ggf. anpassen. Im Handel hat die EU mit der Reform der Anti-dumping Verordnung 2017 bereits einige nötige Anpassungen vorgenommen. Das kürzlich erschienene Weißbuch der EU-Kommission über ein neues wettbewerbsrechtliches Instrument zum Umgang mit Subventionen aus EU-Drittstaaten zeigt nun endlich einen Weg auf, auch bei Investitionen, öffentlichen Ausschreibungen und anderen wirtschaftlichen Aktivitäten gegen Marktverzerrungen, die von außerhalb in den Binnenmarkt hereingetragen werden, vorgehen zu können. Allerdings muss der Vorschlag der Kommission im weiteren Prozess noch angepasst werden, um negative Auswirkungen des Instruments auf EU-Unternehmen zu minimieren. Auch das geplante International Procurement Instrument (IPI) der EU, das bei öffentlicher Beschaffung das Prinzip der Reziprozität etabliert, ist grundsätzlich zu begrüßen, bedarf jedoch weiterer Anpassungen.

4. Stärkere internationale Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern:

Für die deutsche Industrie ist es ein Hauptanliegen, das multilaterale Handelssystem zu stärken und zu modernisieren. Dieser Prozess kann ein Eckpfeiler sein, um den Wettbewerb mit China dauerhaft im Sinne eines level-playing-field zu regeln. Dafür müssen die traditionellen Industrieländer einen klaren gemeinsamen Ansatz finden und in einen konstruktiven Dialog mit China und den anderen WTO-Mitgliedern eintreten. Aber auch außerhalb der WTO, in der G20, G7 und der OECD bedarf es verstärkter Anstrengungen. Alle, auch die EU, die USA und China, sollten ein Interesse daran haben, einen intakten Regelungsrahmen für den globalen Wettbewerb des 21. Jahrhunderts zu gestalten und ausreichende Anreize für Innovationen zu setzen.

Ein Großteil der Forderungen in den vier beschriebenen Handlungsfeldern richtet sich in erster Linie nicht an Peking, sondern an Berlin und Brüssel. Denn im Kern einer neuen Chinapolitik sollte nicht mehr so sehr die Frage stehen, wie wir China zu Veränderungen bewegen können, sondern, wie wir unser eigenes System effizienter und widerstandsfähiger gestalten können, um erfolgreich im Wettbewerb mit China zu bestehen. Aber natürlich spielt der bilaterale Austausch mit China auch weiterhin eine entscheidende Rolle. Wir brauchen dringend Erfolge in der bilateralen Agenda, wenn wir unsere enge wirtschaftliche Partnerschaft mit China in eine nachhaltige Zukunft führen wollen. Der Abschluss eines umfassenden Investitionsabkommens zwischen der EU und China, das einen Großteil der Asymmetrien im Marktzugang sowie Schief lagen in den Wettbewerbsbedingungen in China abbaut, wäre die wichtigste Voraussetzung hierfür.

Leider kommen die seit über sieben Jahren andauernden Verhandlungen immer noch nicht schnell genug voran. Auf chinesischer Seite fehlen der politische Wille und ein deutliches inhaltliches Entgegenkommen. Sollte Peking den Verhandlungen mit seinem größten Handelspartner, der EU, nicht endlich die nötige politische Priorität einräumen, scheint die angestrebte Einigung in diesem Jahr nicht mehr möglich. Insbesondere im Bereich Marktzugang, beim Thema Technologietransfer und beim Umgang mit Staatsunternehmen und staatlichen Subventionen

sind die Positionen noch weit auseinander. Brüssel muss hier auf der zentralen Forderung nach einem echten Level-playing-field zwischen der EU und China bestehen. Sonst ist ein Abkommen aus Sicht der deutschen Industrie entbehrlich.

Umso weniger China zu Zugeständnissen auf bi- und multilateraler Ebene bereit ist, umso mehr steht die EU unter Druck, mit effektiven unilateralen Maßnahmen auf anhaltende Marktverzerrungen und Asymmetrien im Marktzugang zu reagieren. Dabei sollte sich die EU aber nicht am aggressiven Kurs der USA orientieren. Die derzeitige US-Administration vermischt in ihrer Chinapolitik berechtigte Sorgen über Chinas unfaire Praktiken und systemischen Unterschiede mit Sorgen über den Verlust der globalen Vormachtstellung als alleinige Supermacht. Die Strafzölle sowie die scharfen Maßnahmen der US-Regierung zur technologischen Einhegung Chinas (insbesondere die sogenannte Entity List) stören komplexe globale Lieferketten und haben auch negative Auswirkungen auf deutsche Unternehmen. Für die EU liegt in einem faktenbasierten und prinzipientreuen Umgang mit der systemischen Herausforderung durch China die Chance, einen „dritten Weg“ als Alternative zum Handelskrieg der USA oder einem naiven „Weiter wie bisher“ aufzuzeigen.

Wirtschaftspartnerschaft mit China

Die Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen zu China für Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten, insbesondere nach Chinas Aufnahme in die Welthandelsorganisation 2001 stark zugenommen. Zwar bestehen für ausländische Unternehmen zahlreiche Hürden und Probleme auf dem chinesischen Markt. Zu nennen sind etwa der mangelnde Schutz geistigen Eigentums, erzwungener Technologietransfer, umfangreiche Investitionsbeschränkungen und Joint-Venture-Vorgaben, intransparente Regulierungsprozesse, die Bevorzugung und Subventionierung chinesischer Unternehmen, kein gleichberechtigter Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen, strenge und zum Teil diskriminierende Vorgaben zur Datenlokalisierung und Cybersicherheit oder ein begrenzter Internetzugang. Dennoch bewegen sich deutsche Unternehmen im Spannungsfeld zwischen den großen Chancen und den hohen Hürden und Risiken des chinesischen Marktes insgesamt relativ erfolgreich. Familienunternehmen, Mittelstand und börsennotierte Konzerne haben in den vergangenen Jahren stark von Chinas enormem wirtschaftlichen Aufstieg profitiert und tun dies noch heute.

Unsere Volkswirtschaft ist mittlerweile eng mit der chinesischen verflochten. Mit einem bilateralen Handelsvolumen von 206 Mrd. Euro war China 2019 das vierte Jahr in Folge der wichtigste globale Handelspartner. Der Bestand deutscher Direktinvestitionen in China betrug 2018 rund 86 Mrd. Euro, das entspricht 6,7 Prozent der gesamten deutschen Auslandsinvestitionen. Dabei waren circa 5.200 deutsche Unternehmen mit insgesamt über einer Million Mitarbeitern in China tätig. Über 90 Prozent der deutschen Unternehmen in China produziert heute für den chinesischen Markt und nicht für den Export aus China heraus. Viele Unternehmen haben hohe Investitionssummen in China gebunden und sowohl der Mittelstand wie auch deutsche Großunternehmen bauen ihre Investitionen im Land weiter aus.

Der Bestand chinesischer Investitionen in Deutschland ist von einem sehr niedrigen Niveau aus startend in den letzten Jahren enorm gewachsen und betrug im Jahr 2018 bereits circa 22 Mrd. Euro. Grundsätzlich sind chinesische Investitionen in Deutschland willkommen. Allerdings bestehen auch hier gewisse

Asymmetrien. Während chinesische Investitionen in der EU laut Daten der Rhodium Group hauptsächlich auf M&A-Transaktionen beruhen (von 2010 bis 2019 rund 95 Prozent), tätigen EU-Unternehmen in China hauptsächlich Greenfield-Investitionen (von 2010 bis 2019 circa 76 Prozent), welche in der Regel mehr zu Wachstum und Arbeitsplätzen beitragen als M&A-Transaktionen. Dieser Unterschied wäre sicher nicht so drastisch, wenn China in mehr Bereichen Mehrheitsbeteiligungen und Übernahmen erlauben würde und das Gewicht von Staatsunternehmen in einzelnen Sektoren wie Stromerzeugung, Stromverteilung oder Eisenbahnbau geringer wäre.

Für deutsche Unternehmen ist China nicht mehr nur ein wichtiger Produktionsstandort, Zulieferer- oder Absatzmarkt, sondern gewinnt auch als Forschungs- und Entwicklungsstandort an Bedeutung. Zugang zum hochdynamischen chinesischen Markt ist für die Innovationsstrategie von global agierenden Unternehmen mittlerweile ein wichtiger Faktor. Gerade im Bereich der Digitalisierung bietet kaum ein anderer Markt ähnliche Möglichkeiten, neue Produkte und Geschäftsmodelle zu entwickeln und schnell Skaleneffekte zu erzielen.

Trotz der starken Anziehungskraft des chinesischen Marktes wird es für Unternehmen jedoch immer wichtiger, mögliche Risiken eines Engagements in China im Auge zu behalten und gegebenenfalls durch eine weitere Diversifizierung von Wertschöpfungsnetzen, Produktionsstandorten und Absatzmärkten insbesondere in andere asiatische Länder auszubalancieren. Die aktive Freihandelsagenda der EU in Asien ist in diesem Zusammenhang zu begrüßen. Ein kompletter Rückzug vom chinesischen Markt kommt nur für die allerwenigsten deutschen Unternehmen in China in Frage.

Aufgrund der stark integrierten Wertschöpfungsnetze und der derzeitigen Position der deutschen Industrie auf dem chinesischen Markt sowie den bestehenden Potenzialen im Chinageschäft wäre eine wirtschaftliche Entflechtung von China mit enormen Kosten verbunden. An einer konfliktorientierten wirtschaftlichen, politischen und technologischen Einhegung Chinas oder einer weitreichenden Entkoppelung von China hat die deutsche Industrie kein Interesse. Außerdem gebieten es in einer vernetzten Welt Themen wie Klimawandel oder der Umgang mit globalen Krisen, dass systemischer Wettbewerb und eine vertiefte Partnerschaft mit China gleichzeitig gedacht werden. Systemische Differenzen und Divergenzen bedeuten nicht zwangsläufig Konflikt, sondern erfordern ein verlässliches Management von Risiken.

Risiken durch wirtschaftliche Verflechtung und Abhängigkeit

Pauschale Aussagen über eine zu große „wirtschaftliche Abhängigkeit“ von China geben wenig Aufschluss über die tatsächlichen spezifischen Risiken und können deshalb zu der Annahme verleiten, ein Großteil des wirtschaftlichen Austausches mit China sei problematisch. Genau diese Schlussfolgerung ziehen Verfechter einer weitreichenden wirtschaftlichen Entkopplung von China. Nötig ist dagegen aus Sicht des BDI eine Einzelbetrachtung verschiedener Risiken in unterschiedlichen Bereichen und möglicher Maßnahmen zu ihrer Minimierung.

Zunächst stellt sich die Frage, wie groß die gesamtwirtschaftliche Abhängigkeit von China ist und ob sich hieraus Einschränkungen für die Handlungsfähigkeit der deutschen und europäischen Politik ergeben. Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft aus dem Dezember 2019 weist darauf hin, dass die

gesamtwirtschaftliche Abhängigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland von China insgesamt moderat ist. China ist mit einem Anteil von 7 Prozent zwar unser drittgrößter Exportmarkt nach den USA und Frankreich. Dabei machen Wertschöpfungsexporte nach China nur rund 3 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung aus und es hängen nur etwa 2,3 Prozent der deutschen Arbeitsplätze direkt oder indirekt vom Export nach China ab. Diese Zahlen geben keinen Anlass zu überzogener Sorge. Der mit Abstand wichtigste Handelspartner Deutschlands bleibt Europa. Allein das deutsche Handelsvolumen mit den vier Visegrad-Staaten (Polen, Tschechien, Ungarn und Slowakei) ist anderthalb Mal so hoch wie das mit China.

Allerdings ist die Abhängigkeit einiger Einzelsektoren und Unternehmen vom chinesischen Markt wesentlich höher. Insbesondere Branchen, deren Unternehmen hohe Investitionssummen in China gebunden haben, wie zum Beispiel die Automobilbranche, der Maschinenbau oder die Chemieindustrie, weisen eine weitaus höhere Exponiertheit gegenüber China auf. Chinas Einparteienstaat hat in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass er ganz unverblümt wirtschaftlichen Druck auf einzelne Unternehmen oder Länder ausübt, um politische Ziele zu erreichen. Dieses Risiko ist deshalb ernst zu nehmen. Dennoch sollte sich die Politik in Deutschland und der EU in allen wichtigen strategischen Entscheidungen von Überlegungen über mögliche wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen Chinas freimachen. Außerdem sollte Berlin und Brüssel Peking gegenüber deutlich signalisieren, dass Drohungen gegen einzelne Mitgliedstaaten immer auch Auswirkungen auf die gesamteuropäischen Beziehungen haben.

Eine zentrale Erkenntnis für die Bewertung der wirtschaftlichen Abhängigkeit von China ist, dass die Abhängigkeit, anders als in der Öffentlichkeit meist dargestellt, in der Regel nicht einseitig ist, sondern in beide Richtungen wirkt. Wir sind ebenso von China abhängig wie China von uns. Die EU ist seit Jahren Chinas größter Handelspartner und sollte entsprechend selbstbewusst gegenüber China auftreten. 2019 betrug das Handelsvolumen zwischen der EU und China 560 Mrd. Euro, das zwischen den USA und China nur 493 Mrd. Euro. Das deutsch-chinesische Handelsvolumen machte dabei mit ca. 206 Mrd. Euro knapp 37 Prozent des gesamten EU-Handels mit der Volksrepublik aus. China profitiert stark von Kapital, Technologie und dem Know-how deutscher Unternehmen. Die deutsche Industrie setzt modernste Technologien auf dem chinesischen Markt ein und trägt erheblich zur Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen und zur Ausbildung von qualifizierten Fachkräften bei. Die chinesische Regierung ist sich der eigenen Abhängigkeit von ausländischen Investitionen durchaus bewusst. Jede Vergeltungsmaßnahme, die China gegen ausländische Unternehmen oder Handelspartner unternimmt, geht immer auch mit Vertrauensverlusten bei Handelspartnern und Investoren und damit auch wirtschaftlichen Schäden für China selbst einher.

Neben dem Risiko einer Einschränkung der politischen Handlungsfähigkeit durch wirtschaftliche Abhängigkeiten sind vor allem zwei Arten von Risiken durch eine enge wirtschaftliche Verflechtung mit China von zentraler Bedeutung: Risiken für die nationale Sicherheit und Risiken für das Funktionieren unserer Märkte. Nötige Instrumente zum Schutz der marktwirtschaftlichen Ordnung in der EU wurden weiter oben bereits beschrieben. In Bezug auf die nationale Sicherheit ist festzustellen, dass der absolute Großteil der wirtschaftlichen Aktivitäten zwischen China und Deutschland vollkommen unbedenklich ist. In den Bereichen, in denen Risiken bestehen, können sie durch gezielte staatliche Maßnahmen minimiert

werden. Das bestehende Instrumentarium der Bundesregierung und der EU zur Exportkontrolle sowie zur Prüfung ausländischer Investitionen ist aus Sicht der deutschen Industrie ausreichend. Die Ausweitung staatlicher Eingriffsrechte in der jüngsten Novellierung der Außenwirtschaftsgesetzgebung in Deutschland schießt aus BDI-Sicht sogar klar übers Ziel hinaus und erhöht die Unsicherheit für Unternehmen. Deutschland profitiert sehr von Investitionen aus dem Ausland – auch aus China - und leidet unter Maßnahmen, die dem internationalen Trend hin zu mehr Protektionismus und der Ausweitung des nationalen Sicherheitsbegriffs befördern.

Die sicherheitspolitischen Überlegungen beim 5G-Netz-Ausbau sind von enormer Tragweite für Deutschland. Der BDI spricht sich weder für noch gegen einen Ausschluss einzelner Anbieter aus. Wir fordern einen offenen, regelbasierten Prozess. Der deutschen Industrie ist wichtig, dass die Bundesregierung Hersteller-unabhängige, transparente und objektive Kriterien für Sicherheitsstandards bei 5G vorlegt. Diese Kriterien dürfen nicht nur technische Aspekte, sondern müssen auch politische, rechtliche und nachrichtendienstliche Aspekte beinhalten. Noch besser als eine nationale Regelung wären EU-weite einheitliche Vorgaben für die Telekommunikationsanbieter beim 5G-Netz-Ausbau.

Fazit

Anders als die USA sollte Deutschland und die EU den Systemwettbewerb und die Wirtschaftspartnerschaft mit China gleichzeitig denken. Dies stellt uns vor gewaltige Herausforderungen. Risiken, die durch die enge wirtschaftliche Verflechtung mit China entstehen, müssen durch neue und reformierte Instrumente gezielt minimiert und die Vorteile des eigenen Systems durch ambitionierte Strukturreformen maximiert werden. Deutschland und die EU müssen ihre Interessen und Werte selbstbewusst gegenüber China durchsetzen.